

**Auszug aus dem Protokoll
des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 97/2003

Sitzung vom 11. Juni 2003

**808. Anfrage (Abstimmungskampagne Atom-Ausstiegs-Initiativen –
Engagement von NOK/Axpo)**

Kantonsrätin Barbara Marty Kälin, Gossau, hat am 24. März 2003 folgende Anfrage eingereicht:

Am 18. Mai 2003 kommen die eidgenössischen Volksinitiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium plus» zur Abstimmung. Gegen diese beiden Volksinitiativen läuft seit Monaten eine intensive Propaganda, die auch vor gesetzwidrigen Aktionen und unwahren Behauptungen nicht zurückschreckt (unzulässiger Werbespot in SF DRS, falsche Zahlen im Zusammenhang mit den SBB, unzulässige politische Werbung auf Bahnarealen usw.). Offenbar sind die NOK/Axpo-Holding an dieser Abstimmungspropaganda massgeblich beteiligt.

Die NOK/Axpo gehören den Ostschweizer Kantonen, folglich den gleichen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die sich zu den Ausstiegsinitiativen äussern werden. Es ist höchst problematisch, wenn der Staat Mittel gegen oder für eine Volksinitiative einsetzt, und es ist inakzeptabel, dass die Stromkonsumentinnen und -konsumenten über ein staatliches Monopol unfreiwillig eine Abstimmungskampagne mit finanzieren, die nicht ihrem Stimmverhalten entspricht.

Ich frage daher den Regierungsrat an:

1. Wie hoch ist das – direkte oder indirekte – finanzielle Engagement von NOK/Axpo im Abstimmungskampf um die Atom-Ausstiegsinitiativen?
2. Ist dem Regierungsrat bewusst, dass es sich dabei um Geld handelt, das die NOK/Axpo durch ihre Geschäftstätigkeit, insbesondere durch Stromverkauf, erworben haben; folglich um das Geld der Stromkonsumentinnen und -konsumenten? Hält es der Regierungsrat für angebracht, dass diejenigen Stromkonsumentinnen und -konsumenten, welche den Ausstieg aus der Atomenergie befürworten, die Abstimmungspropaganda ihrer Gegnerinnen und Gegner zwangsfinanzieren müssen?
3. Wird der Regierungsrat sich im Verwaltungsrat von NOK/Axpo dafür einsetzen, dass Derartiges sofort gestoppt wird und auch in Zukunft nicht mehr möglich ist?
4. Ist der Regierungsrat bereit, im Sinne gleich langer Spiesse den gleichen Betrag, der direkt oder indirekt – beispielsweise über Gebühren und Minderauszahlung an Dividenden, durch Zuwendungen und

Spenden, Mitgliederbeiträge an Branchenorganisationen, Personaleinsatz und Überlassen von Infrastrukturen – der Atomlobby zufloss, auch dem Komitee «Strom ohne Atom» zukommen zu lassen?

Auf Antrag der Baudirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Barbara Marty Kälin, Gossau, wird wie folgt beantwortet:

Die beiden Volksinitiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» sind in der Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 34,74 bzw. 44,70% deutlich abgelehnt worden. Sie hätten zu einem massiven Eingriff in die Stromversorgung der Schweiz geführt. Für die Axpo-Gruppe ist die Kernenergie von erstrangiger Bedeutung. Ihr Anteil am Produktionsmix der NOK-Kraftwerke (ohne Watt) bewegt sich – nach Angaben der Firma – je nach Jahreszeit um die 70 Prozent. Das Unternehmen hat in den letzten Jahren grosse Investitionen getätigt, um die Kernkraftwerke betriebs- und sicherheitstechnisch auf den neuesten Stand zu erweitern. Die Kernkraftwerke der NOK sind auch bedeutende Arbeitgeber in ihren Standortregionen: So sind rund 450 Mitarbeitende im Kernkraftwerk Beznau und 400 Mitarbeitende im Kernkraftwerk Leibstadt für einen zuverlässigen und sicheren Betrieb besorgt.

Gegenüber der Öffentlichkeit hat die Axpo-Gruppe mit den NOK als Kraftwerksbetreiberinnen eine ständige Informationspflicht. Diese umfasst eine transparente und ehrliche Orientierung der Bevölkerung über die Belange der Stromerzeugung im Allgemeinen und der Kernenergie im Besonderen verbunden mit der Pflicht, unzutreffende Aussagen mit den entsprechenden Mitteln ins rechte Licht zu rücken. Allgemein dürfen öffentliche Unternehmen in Volksabstimmungen Stellung nehmen, wenn sie besonders betroffen sind. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die Abstimmungsvorlage für die Umsetzung des (gesetzlichen oder statutarischen) Auftrags der Unternehmen von grosser Bedeutung ist, d. h., wenn sie in ihren wirtschaftlichen Interessen ähnlich wie Private berührt sind. Dies trifft im Fall der beiden Initiativen ohne Zweifel zu.

Die Organisation und Durchführung der Informationskampagnen «Wasserkraft + Kernenergie» bzw. «2 × Nein» im Vorfeld der Abstimmung über die Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» lag jedoch bei der Economiesuisse. Die Axpo-Gruppe unterstützt diesen Verband auf Grund eines allgemeinen Schlüssels. Im Jahr 2002 wurden nach Angaben des Unternehmens rund Fr. 85 000 an Economiesuisse ausgerichtet.

Für die Informationspolitik der Axpo-Gruppe sind deren leitende Organe zuständig. Der Kanton Zürich ist an der Axpo-Gruppe direkt mit rund 18% beteiligt. Der Regierungsrat sieht nach dem Dargelegten keinen Anlass, den dergestalt eingeschränkten Einfluss des Kantons im Sinne der Anfrage geltend zu machen. Auch für eine Zuwendung von Mitteln an das Komitee «Strom ohne Atom» besteht weder ein Anlass noch eine rechtliche Grundlage.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Baudirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

Husi